

mit Schwerpunkt **M&A Report**

Kleine und mittlere Unternehmen aus Baden-Württemberg sind innovativer

Kleine und mittlere Unternehmen (KMU) aus Baden-Württemberg führen häufiger Produktinnovationen ein. Sie erzielen größere Erfolge sowohl mit Produkt- als auch mit Prozessinnovationen als vergleichbare Unternehmen in anderen Bundesländern. Entscheidend hierfür ist eine Kundenstruktur, die deutlich stärker auf forschungsintensive und damit Innovationen fordernde Branchen ausgerichtet ist. Ferner setzen baden-württembergische KMU häufiger eine Strategie der Technologieführerschaft erfolgreich um. Dies sind zentrale Ergebnisse einer Studie, die das Zentrum für Europäische Wirtschaftsforschung (ZEW) in Zusammenarbeit mit dem Fraunhofer-Institut für System- und Innovationsforschung (ISI) im Auftrag des Wirtschaftsministeriums des Landes Baden-Württemberg durchgeführt hat.



In keinem anderen Bundesland sind die Aufwendungen der Wirtschaft für Forschung und Entwicklung (FuE) gemessen am Bruttoregionalprodukt so hoch wie in Baden-Württemberg. Hierfür sind vor allem forschungsintensive Großunternehmen wie Daimler, Bosch, SAP, Porsche, Zeiss oder Heidelberger Druckmaschinen verantwortlich. Aber auch die KMU aus Baden-Württemberg setzen stärker auf Innovationen als KMU aus anderen Bundesländern. So ist der Anteil der KMU, die in den Jahren 2004 bis 2006 zumindest ein neues

Produkt oder ein neues Verfahren eingeführt haben, mit 57 Prozent um 8 Prozentpunkte höher als im Bundesmittel. Ähnlich hohe Unterschiede in der Innovationsneigung können für frühere Zeiträume beobachtet werden. Besonders stark sind die Unterschiede bei Markneuheiten, also neuen Produkten, die zuvor noch nicht im Markt angeboten wurden und die eine besonders anspruchsvolle und risikoreiche Innovationstätigkeit anzeigen. Aber die unmittelbaren Innovationserfolge – gemessen am Umsatzanteil mit neuen

Produkten oder an den durch neue Verfahren reduzierten Kosten – sind ebenfalls merklich höher.

Vorteilhafte Branchenstruktur

Ein Hauptgrund für die höhere Innovationsperformance der baden-württembergischen KMU ist ihre Branchenstruktur. In Baden-Württemberg ist ein deutlich höherer Anteil der Unternehmen in Branchen wie Maschinenbau, Elektroindustrie, Medizin-, Mess-, Steuer-, Regelungstechnik, Optik, Metallbearbeitung oder Software tätig. Sie zeichnen sich durch eine höhere Innovationsorientierung aus. Aber selbst, wenn man die Branchenstruktur außer Acht lässt, schneiden baden-württembergische KMU bei einer Reihe von Innovationsindikatoren signifikant besser ab. So war der um Struktureffekte

IN DIESER AUSGABE

Kleine und mittlere Unternehmen aus Baden-Württemberg sind innovativer	1
Steuerlicher Anreiz ist Stellschraube für Spendenbereitschaft	2
Ex ante-Regulierung stärkt Wettbewerb in leitungsgesunden Märkten	3
Deutsche Wirtschaft in der Rezession – Talfahrt auch im Mittelstand	4
Nachgefragt: Potenzial von IKT ist nicht ausgeschöpft	5
Die Zukunftsfähigkeit des deutschen Automobilbaus nicht unterschätzen . . .	6-8
Konferenzen	8, 9
ZEW intern	10
Daten und Fakten	11
Standpunkt	12

FORSCHUNGSERGEBNISSE

bereinigter Anteil der KMU mit Produktinnovationen in Baden-Württemberg in der ersten Hälfte der 2000er Jahre um rund zehn Prozentpunkte höher als das bundesdeutsche Mittel. Bei Marktneuheiten lagen die baden-württembergischen KMU um etwa fünf Prozentpunkte vorne, die Kostensenkungen durch neue Prozesse erreichten mit rund sieben Prozent einen um 1,3 Prozentpunkte über dem Bundesmittel liegenden Wert.

Welche anderen Gründe führen dazu, dass KMU in Baden-Württemberg so erfolgreich innovativ sind? Um dies zu analysieren, greift die Studie auf Daten des Mannheimer Innovationspanels des ZEW zurück, das einen repräsentativen Querschnitt von KMU aus Industrie, wissensintensiven Dienstleistungen, Logistik, Finanzwirtschaft, Medienwirtschaft und Energieversorgung um-

fasst. Das Innovationsverhalten der baden-württembergischen KMU wurde mit dem von KMU aus anderen deutschen Bundesländern verglichen.

Fokus auf Marktneuheiten und Prozessinnovationen

Es zeigt sich, dass KMU aus Baden-Württemberg stärker auf Kundenbranchen mit einer hohen FuE-Intensität ausgerichtet sind. Die hohen Innovations- und Qualitätsanforderungen an die zugelieferten Produkte führen dazu, dass sie einen stärkeren Fokus auf qualitätsverbessernde Prozessinnovationen legen und höhere Umsatzanteile mit neuen Produkten erzielen.

KMU aus Baden-Württemberg setzen deutlich häufiger auf eine Innovationsstrategie der Technologieführerschaft

und setzen diese auch erfolgreich um, sodass sie mit neuen Produkten auch höhere Innovationserfolge erreichen. Dies gilt insbesondere für Marktneuheiten.

Ein allerdings nur geringer Einfluss geht außerdem von der regionalen Wissenschafts-Infrastruktur aus. Baden-Württemberg beherbergt sehr leistungsfähige universitäre und außeruniversitäre Forschungseinrichtungen. KMU aus der Region arbeiten vor allem im Bereich von Prozessinnovationen mit der Wissenschaft zusammen. Dabei erzielen sie höhere Innovationserfolge (Stückkostensenkung, Umsatzanstieg durch Qualitätsverbesserung). Dahinter stehen in erster Linie Kooperationen mit Fachhochschulen, Fraunhofer-Instituten oder Steinbeis-Zentren.

Dr. Christian Rammer, rammer@zew.de

Steuerlicher Anreiz ist Stellschraube für Spendenbereitschaft

Während das Spendenverhalten von Privatpersonen in den Vereinigten Staaten bereits sehr gut erforscht ist, ist über die Mechanismen, die der Spendenentscheidung in Deutschland zugrunde liegen, wenig bekannt. Eine Studie des ZEW widerlegt nun allerdings die Hypothese, dass in einem ausgeprägten Wohlfahrtsstaat wie Deutschland, in dem die Bereitstellung öffentlicher Güter im Wesentlichen durch Steuern finanziert wird und weniger durch private Initiative erfolgt, grundsätzlich andere Mechanismen vorherrschen als in den Vereinigten Staaten.

Die ZEW-Studie nutzte eine Stichprobe von 2.743 Einkommensteuererklärungen aus den Jahren 2001 bis 2003. In diesen Einkommensteuererklärungen sind zum einen Angaben über die steu-

erlich geltend gemachten Spenden sowie verschiedene soziodemographische Informationen wie das Alter, das Geschlecht, der Familienstand und die Religionszugehörigkeit des jeweiligen Steuerzahlers enthalten. Zum anderen liefert der Datensatz Informationen zum Einkommen und ermöglicht die Berechnung des so genannten Spendenpreises. Dieser ergibt sich aufgrund der Abzugsfähigkeit von Spenden an gemeinnützige Organisationen bei der Ermittlung der zu zahlenden Einkommensteuer als $(1-m)$, wobei m der marginale Einkommensteuersatz ist.

Ähnliche Anreizmechanismen in Deutschland und den USA

Die Berechnungen des ZEW zeigen, dass Spenden von Privatpersonen in Deutschland unterproportional auf Ein-

kommensänderungen reagieren. Ein Einkommensanstieg von einem Prozent führt im Durchschnitt aller hier betrachteten Einkommensteuererklärungen zu einem Anstieg der Spenden um 0,74 Prozent. Die Reaktion der Spender auf Änderungen des Preises, sprich des Einkommensteuersatzes, fällt hingegen deutlich höher aus. Sinkt der individuelle Spendenpreis um ein Prozent, so erhöhen sich die Spenden durchschnittlich um 1,38 Prozent bis 1,54 Prozent. Diese Werte entsprechen jenen methodisch vergleichbarer Studien aus den Vereinigten Staaten. Somit scheinen die Mechanismen, die der Spendenentscheidung von Privatpersonen unterliegen, in beiden Ländern ähnlich und somit unabhängig vom institutionellen Hintergrund und der wohlfahrtsstaatlichen Tradition zu sein.

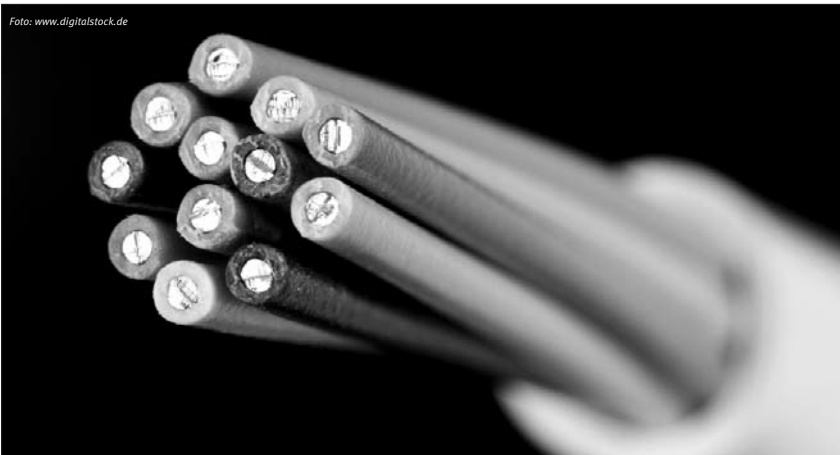
Sarah Borgloh, borgloh@zew.de

FORSCHUNGSERGEBNISSE

Ex ante-Regulierung stärkt Wettbewerb in leitungsgebundenen Märkten

Energie oder Telekommunikationsdienstleistungen gelangen durch weitverzweigte Leitungsnetze zu den Verbrauchern. Da es sinnvoll ist, solche Strom-, Gas- und Kommunikationsnetze nur einmal zu verlegen, gibt es nur wenige Unternehmen, die diese Infrastrukturen betreiben. Damit aber nicht nur die wenigen Eigentümer der Leitungen Güter oder Dienstleistungen anbieten können, sorgen Regulierungsbehörden dafür, dass die Betreiber ihre Netze gegen eine Nutzungsgebühr auch anderen Anbietern öffnen. Eine laufende Forschungsarbeit des ZEW untersucht, welche Regulierungsstrategie – ex ante oder ex post – am besten geeignet ist, für mehr Wettbewerb in leitungsgebundenen Märkten zu sorgen.

Foto: www.digitalstock.de



Wettbewerb kann in leitungsgebundenen Märkten dann entstehen, wenn Anbieter einen Anreiz haben, in den Markt einzutreten. Dies ist der Fall, wenn die Netzzugangsgebühr, die an den Netzeigentümer zu entrichten ist, möglichst niedrig ist. Gleichzeitig muss die Netzzugangsgebühr aber so hoch sein, dass der Netzeigentümer einen Anreiz hat, das Netzwerk zu unterhalten und auszubauen. Werden beide Kriterien erfüllt, so ist die Zugangsgebühr für ein Leitungsnetz effizient. Regulierung muss darauf abzielen, effiziente Zugangsgebühren herzustellen.

Grundsätzlich werden zwei Regulierungsansätze unterschieden: Ex ante- und Ex post-Regulierung. Bei einer Ex ante-Regulierung legt die Regulierungsbehörde vor dem möglichen Marktzutritt die Bedingungen fest, unter denen die Anbieter Zugang zum Netz erhalten.

Eine solche Ex ante-Regulierung gibt es in den Mitgliedsstaaten der Europäischen Union für den Telekommunikationssektor. Im Gegensatz dazu greift bei einer Ex post-Regulierung die Regulierungsbehörde erst ein, wenn Netzbetreiber und Anbieter sich nicht über die Zugangsbedingungen einigen können. Dieses Verfahren wird zur Regulierung des Telekommunikationssektors in der Schweiz praktiziert. In der Regel kommen die Parteien dort zu einer Einigung, sodass ein Eingriff des Regulierers nicht erforderlich wird.

Ineffiziente Zugangsgebühren

Mit Hilfe eines theoretischen Modells zeigt die Untersuchung (DP Nr. 08-099), dass bei der Strategie der Ex post-Regulierung, die erst eingreift, wenn sich beide Parteien nicht einigen können, die

Gefahr überhöhter Zugangsgebühren besteht. Denn Netzeigentümer und Anbieter könnten einen Anreiz haben, sich auf eine ineffizient hohe Zugangsgebühr zu einigen. Diese würde den Markteintritt weiterer Anbieter erschweren. Davon profitiert sowohl der Netzbetreiber als auch der unabhängige Anbieter, denn eine zu hohe Zugangsgebühr stellt glaubhaft sicher, dass kein starker Preiswettbewerb für die Dienstleistungen eingeleitet und damit ein höheres Preisniveau etabliert wird.

Diese Anreizstruktur kann sowohl das generell höhere Preisniveau für Telekommunikationsdienstleistungen in der Schweiz erklären, als auch die Tatsache, dass die Regulierungsbehörde nur selten angerufen wird, die Zugangsgebühr kostenbasiert festzulegen. Wenn Zugangsgebühren, die oberhalb der tatsächlichen Kosten vereinbart werden, resultiert daraus ein höherer Endpreis für die Konsumenten – Wohlfahrtsverluste sind die Folge.

EU-Regulierungspraxis bestätigt

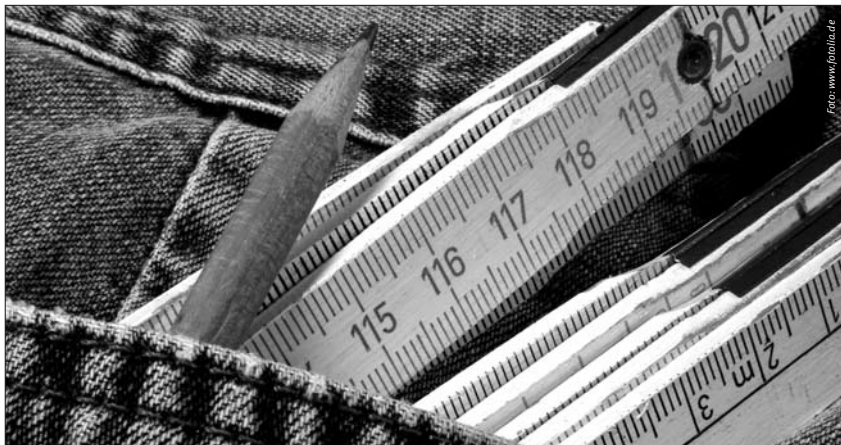
Eine Ex ante-Regulierung, die von vorneherein Zugangsgebühren kostenbasiert festlegt, ist somit besser geeignet, effiziente Netznutzungsgebühren zu gewährleisten und so für mehr Wettbewerb zu sorgen. Hier verlangen die Anbieter aus eigenem Interesse stets eine Absenkung der Zugangsgebühr, sodass der Regulierer laufend die aktuellen Gebühren überprüfen muss. Dies ist bei einer Ex post-Regulierung nicht der Fall. Hier hätten nur die Endverbraucher oder Verbraucherverbände, die aber nur eine geringe Marktkenntnis besitzen, einen Anreiz, die Senkung der Zugangsgebühr zu verlangen. Somit bestätigt die vorliegende Untersuchung grundsätzlich das in der EU angewandte Verfahren der Ex ante-Regulierung.

Dr. Patrick Beschoner, beschoner@zew.de

FORSCHUNGSERGEBNISSE

Deutsche Wirtschaft in der Rezession – Talfahrt auch im Mittelstand

Das Geschäftsklima der kleinen und mittleren Unternehmen (KMU) hat sich im Verlauf des Jahres 2008 vor dem Hintergrund des globalen Konjunkturabschwungs massiv verschlechtert. Die international orientierten Großunternehmen sind bisher allerdings stärker von der Krise betroffen. Dies zeigt der neue MittelstandsMonitor 2009, den die KfW Bankengruppe jährlich gemeinsam mit dem Verband der Vereine Creditreform, dem IfM Bonn, dem RWI Essen und dem ZEW Mannheim erstellt. Im Mittelstandsmonitor werden insbesondere Konjunktur- und Strukturfragen von KMU untersucht.



Der MittelstandsMonitor 2009 zeigt, dass die Geschäftserwartungen der Mittelständler Ende 2008 auf ein historisches Tief fielen. Gemessen daran war der Rückgang bei der Investitionsbereitschaft und den Beschäftigungsplänen der kleinen und mittleren Firmen relativ moderat. Viele Firmen dürften bestrebt sein, die Produktionsanlagen nicht veralten zu lassen und knappes Fachpersonal auch in der Krise zu halten, um für den nächsten Aufschwung gerüstet zu sein.

Gründungen aus der Arbeitslosigkeit zu erwarten

Seit dem Jahr 2005 nimmt die Zahl der Existenzgründungen in Deutschland ab. Vorläufige Berechnungen deuten darauf hin, dass für 2008 nochmals eine geringere Gründungsintensität (Gründungen je 10.000 Erwerbsfähige) zu verzeichnen ist. Der seit Jahren rückläufige Trend ist in engem Zusammenhang mit

der bis Mitte des Jahres 2008 hinein sehr guten konjunkturellen Lage zu sehen. Mit dieser gingen eine steigende Zahl abhängiger Beschäftigungsverhältnisse und ein Rückgang der Arbeitslosenzahlen einher, was die Gründungsbereitschaft gesenkt hat. Die Finanz- und Wirtschaftskrise wird voraussichtlich im Jahr 2009 Auswirkungen auf das Gründungsgeschehen entfalten. Insbesondere sind wieder verstärkt Gründungen aus der Arbeitslosigkeit zu erwarten.

Weitaus die meisten Gründer, die eine externe Finanzierung in Anspruch nehmen, benötigen Mittel im Mikrobereich. Gemäß EU-Definition sind dies gewerbliche Finanzierungen mit einem Volumen von bis zu 25.000 Euro. Im Jahr 2007 haben knapp 200.000 Gründer (externe) Finanzierungsmittel im Mikrobereich aufgenommen. Dies entspricht einem Finanzierungsvolumen von etwa einer Milliarde Euro. Der Konjunkturabschwung könnte vor dem Hintergrund der steigenden Gründun-

gen aus der Arbeitslosigkeit dazu führen, dass Mikrofinanzierung weiter an Bedeutung gewinnt.

Ältere KMU forschen weniger

Die Wahrscheinlichkeit, dass KMU eigene Forschung und Entwicklung betreiben, sinkt mit dem Unternehmensalter. Wenn die Unternehmen älter werden, greifen sie stärker auf ihre Erfahrung zurück, anstatt auf die systematische Erarbeitung und Nutzung neuer Forschungsergebnisse. Dementsprechend handelt es sich bei ihren Innovationen häufig um die schrittweise Verbesserung des Produktspektrums und nicht um radikale Neuerungen oder Erfindungen.

Etwa 20 Prozent aller Patentanmeldungen in Deutschland stammen von KMU. Dieser im Vergleich zu Umsatz- oder Beschäftigtenanteilen geringe Prozentsatz ist zum einen auf den geringen Anteil forschungsaktiver KMU zurückzuführen. Zum anderen neigen KMU eher als Großunternehmen dazu, Erfindungen geheim zu halten, anstatt sie durch ein Patent zu schützen.

Eine Analyse des Patentgeschehens in der Textil- und Nanotechnologie zeigt aber, dass KMU in beiden Bereichen in komplementärer Beziehung zu den Großunternehmen einen wichtigen Beitrag zum Innovationsgeschehen leisten. Für die Politik ergibt sich als zentrale Botschaft, dass sich die Entwicklung neuer, zukunftssträchtiger Technologie- und Marktfelder unter maßgeblicher Beteiligung von KMU vielfach auch jenseits der Hochtechnologie in den traditionellen Branchen des verarbeitenden Gewerbes vollzieht.

Den vollständigen Bericht zum MittelstandsMonitor 2009 finden Sie im Internet unter:

www.mittelstandsmonitor.de

Dr. Michaela Niefert, niefert@zew.de

Nachgefragt: Bedeutung von IKT für die Arbeitswelt

Potenzial von IKT ist nicht ausgeschöpft

Viele Unternehmen in Deutschland haben durch den Einsatz von Informations- und Kommunikationstechnologien (IKT) in den vergangenen Jahren ihre Produktivität enorm gesteigert. Gleichzeitig haben sich durch den Einsatz von IKT die Anforderungen an die Qualifikation der Arbeitnehmer stark verändert. Dr. Irene Bertschek, Leiterin der Forschungsgruppe Informations- und Kommunikationstechnologien des ZEW, erwartet, dass sich die dynamische Entwicklung von IKT in Zukunft fortsetzt.

Ist der Produktivitätszuwachs durch die Nutzung von IKT in der deutschen Wirtschaft mittlerweile ausgeschöpft?

Bertschek: Keinesfalls. Der technologische Fortschritt im Bereich IKT ist ungebremst. Es werden immer wieder neue und verbesserte Produkte und Dienstleistungen entwickelt. Man denke nur an RFID-Chips zur Verfolgung und Steuerung von Warenflüssen oder an soziale Software-Anwendungen zur Kommunikation und Kollaboration. Hinzu kommen die ständig weiter zunehmende Leistungsfähigkeit von IKT-Technologien und –Anwendungen sowie der mitunter rapide Preisrückgang. Dies und die Eigenschaft von IKT als Querschnittstechnologie, die in so gut wie allen Wirtschaftsbereichen einsetzbar ist, bietet auch in Zukunft großes Potenzial für Produktivitätssteigerungen. Um dieses auszuschöpfen, müssen die Mitarbeiter entsprechend qualifiziert und organisatorische Strukturen und Prozessabläufe angepasst werden.

Wie setzen die Unternehmen IKT ein, um ihre Produktivität zu steigern?

Bertschek: Die Unternehmen nutzen IKT auf vielfältige Weise. So nutzt mittlerweile fast jedes Unternehmen das Internet und stellt dort Informationen bereit. Die Unternehmen greifen auf das Internet aber auch in hohem Maße zum Einkauf von Produkten und Dienstleistungen zurück oder setzen es für Werbung und Marketing ein. Unternehmenssoftware für Ressourcenplanung, Produktionssteuerung und Kundenbetreuung durchdringt zunehmend die Geschäftsprozesse und vernetzt diese miteinander. Das führt zu immer kom-

plexeren Anwendungen. Die Unternehmen nehmen deshalb häufig externes Know-how in Anspruch. Sie engagieren IT-Berater oder kaufen IT-Leistungen von externen Anbietern ein (IT-Outsourcing).

Welche IKT-Bereiche werden künftig die größten Wachstumsbeiträge liefern?

Bertschek: In Deutschland tragen Dienstleistungen, insbesondere die Entwicklung von Software und Telekommunikationsdienstleistungen, am meisten zur Bruttowertschöpfung im IKT-Sektor bei. Dagegen ist der Beitrag der Hardware deutlich geringer. Der Dienstleistungsbereich wird auch in Zukunft den größten Wachstumsbeitrag leisten, und zwar sowohl für den IKT-Sektor selbst als auch für die Anwenderbranchen. Im verarbeitenden Gewerbe beispielsweise ist Software in eingebetteten Systemen inzwischen eine wesentliche Produktkomponente. Sie übernimmt die Steuerung verschiedener Funktionen und ermöglicht erst zahlreiche Innovationen, die die internationale Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Industrie stützen.

Das „Internet der Dienste“ wird stark diskutiert. Ein Modethema oder eine Entwicklung mit Potenzial?

Bertschek: Wie schon die Bezeichnung „Internet der Dienste“ signalisiert, sollen künftig über das Internet Dienstleistungen angeboten werden, die einerseits der zunehmenden globalen Vernetzung und dem enormen Anwachsen der Datenmengen gerecht werden, andererseits aber auch den Bedürfnissen der einzelnen Nutzer Rechnung tragen. Beispiele für solche Dienste sind „Software as a Service“ oder „Cloud Computing“. Bei der zuerst genannten Anwen-



dung wird teure oder besonders pflegeaufwendige Software von externen Anbietern betrieben und kann bei Bedarf vom Kunden gegen Entgelt genutzt werden. Im zweiten Anwendungsbeispiel werden Datenmengen auf externen Servern in einer „Cloud“ gespeichert, wodurch für den Kunden immer wieder notwendige Speichererweiterungen weitgehend entfallen. Ein Internet der Dienste ermöglicht den Unternehmen somit große Flexibilität. Dem stehen eine verminderte Datensicherheit und ein Kontrollverlust des Unternehmens gegenüber, die eine Durchsetzung dieser Anwendungen behindern.

Der Anteil der älteren Beschäftigten in den Unternehmen steigt. Behindert dies die effiziente Nutzung von IKT?

Bertschek: Unter den Beschäftigten über 50 Jahren finden sich generell weniger Computernutzer als unter jüngeren. Zudem ist in IKT-intensiven Unternehmen der Anteil älterer Beschäftigter vergleichsweise geringer. Eine aktuelle Studie der IKT-Forschungsgruppe am ZEW zeigt jedoch, dass die positiven Produktivitätsbeiträge, die auf eine Computernutzung am Arbeitsplatz zurückgehen, nicht auf bestimmte Altersgruppen beschränkt sind. Auch ältere Beschäftigte, die einen Computer am Arbeitsplatz nutzen, leisten einen signifikant höheren Beitrag zur Produkti-

WIRTSCHAFTSPOLITISCHE ANALYSE

vität von Firmen als ältere Beschäftigte, die keinen Computer nutzen. Ferner zeigt sich, dass der Beitrag von IKT zur Arbeitsproduktivität nicht vom Anteil Älterer beeinträchtigt wird. Eine alternde Belegschaft steht somit nicht unbedingt im Konflikt mit dem technologischen Fortschritt. Lebenslanges Lernen ermöglicht es, neue Technologien unabhängig vom Lebensalter kompetent zu nutzen.

Nutzen die Unternehmen Web 2.0-basierte Anwendungen?

Bertschek: In der Regel kommen IKT-Anwendungen zuerst in den Unternehmen zum Einsatz, bevor sie in den privaten Bereich diffundieren. So war es bei Computer und Internet. Bei Web 2.0-Anwendungen verhält es sich umgekehrt. Etwa wurden Wikis, Weblogs und vor allem soziale Netzwerke zuerst von privaten Nutzern eingesetzt und halten erst allmählich Einzug in die Unternehmen.

Für welche Unternehmensbereiche ist Web 2.0 besonders interessant?

Bertschek: Ein vielversprechender Einsatzbereich von Web 2.0 im Unternehmen ist das Wissensmanagement. Die entsprechenden Anwendungen können dazu beitragen, internes Wissen von Mitarbeitern und externes Wissen von Kunden und Geschäftspartnern zu bündeln, zu strukturieren und für die Verbesserung von Produkten und Prozes-

sabläufen nutzbar zu machen. Erste Analysen auf Grundlage der Firmendaten aus IT- und wissensintensiven Dienstleistungsbranchen zeigen, dass gerade innovative Unternehmen, die ihr Dienstleistungsangebot ausweiten oder differenzieren konnten, auch eher Web 2.0-Anwendungen einsetzen. Um Kausaleffekte zu identifizieren, bedarf es aber noch weiterer Untersuchungen.

Kathrin Böhmer, boehmer@zew.de



Dr. Irene Bertschek promovierte nach dem Studium der Volkswirtschaftslehre an der Universität Catholique de Louvain, Belgien. Seit 1999 am ZEW beschäftigt, leitet sie seit 2001 die „Forschungsgruppe Informations- und Kommunikationstechnologien“. Ihre Forschungsschwerpunkte liegen auf den Auswirkungen der Nutzung von Informations- und Kommunikationstechnologien auf die Arbeitsproduktivität, die Unternehmensorganisation und die Altersstruktur der Beschäftigten.

Die Zukunftsfähigkeit des deutschen Automobilbaus nicht unterschätzen

Der deutsche Automobilbau steht gegenwärtig, wie die Branche weltweit, unter enormem wirtschaftlichem Druck. Die Anschaffung eines neuen Autos ist für viele Menschen eine der teuersten Investitionen ihres Lebens, oft nur vom Immobilienkauf übertroffen. Angesichts des konjunkturellen Abschwungs stellen viele Haushalte diese Anschaffung zurück. Der Erfolg der Abwrackprämie, die die Bundesregierung für mehr als neun Jahre alte Autos ausbezahlen lässt, zeigt aber, dass stagnierende Absatzzahlen meist auf eine finanzielle Vernunftentscheidung der Konsumenten zurückzuführen sind und nicht auf fehlendes Interesse an einem neuen Auto.

Selbst die boomenden asiatischen Automobilmärkte sind jüngst ins Stocken geraten. In China etwa wurden nach mehreren Jahren mit Wachstumsraten von bis zu 20 Prozent Ende 2008 erstmals rückläufige Verkaufszahlen gemeldet. Zusätzlich belastet die Märkte, dass viele Pkw kreditfinanziert gekauft oder geleast werden. Dies trifft besonders auf die gehobenen und Luxuswagen-Segmente zu sowie auf den für

viele deutsche Anbieter wichtigen US-Markt. Aufgrund der eingeschränkten Verfügbarkeit von Krediten wirkt sich die Finanzkrise somit zusätzlich dämpfend auf den Automobilmarkt aus.

Vor diesem Hintergrund mussten fast alle Automobilhersteller weltweit enorme Absatz- und Gewinneinbrüche verkraften. Ehemals führende Konzerne sind gar in ihrer Existenz bedroht. Angesichts der aktuell schlechten Nachrichten

wird jedoch die Zukunft für die deutsche Automobilindustrie als Ganzes zu düster prognostiziert. Die künftige Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Automobilindustrie hängt in ganz entscheidendem Maße davon ab, wie sich die Unternehmen bei der Forschung und Entwicklung (FuE) für innovative Produkte und Prozesse positioniert haben. Ein Blick auf die FuE-Statistiken macht deutlich, dass Deutschland einen Spitzenplatz belegt. Der Vorsprung gegenüber dem Durchschnitt aller anderen OECD-Länder konnte in jüngster Vergangenheit sogar signifikant ausgebaut werden.

Ein Blick auf die Unternehmensebene macht deutlich, dass fast alle namhaften Hersteller langfristig einen erheblichen Anteil ihres Umsatzes in For-

WIRTSCHAFTSPOLITISCHE ANALYSE

schung und Entwicklung investieren (siehe Abbildung 1). Dies ist ein klares Indiz für den scharfen Wettbewerb im internationalen Automobilbau, in dem es sich kein Unternehmen erlauben kann, technologisch zurückzufallen. Darüber hinaus fällt auf, welche bedeutende Rolle die Zulieferer einnehmen. Zulieferer steuern mehr als 70 Prozent zur Wertschöpfung eines modernen Pkw bei. Die Zulieferunternehmen haben sich zusehends zu kompetenten Systemlieferanten entwickelt. Mittlerweile sind sie wichtige Schrittmacher für die Weiterentwicklung zentraler Automobilkomponenten. Deutsche Unternehmen sind sowohl im Spitzenfeld der Auto-

bilhersteller als auch der Zulieferer vertreten. Gleichzeitig darf die deutsche Spitzenposition im Automobilbau nicht als gegeben hingenommen werden, denn zahlreiche Wettbewerber insbesondere aus Europa und Asien investieren ebenfalls massiv in die Zukunft.

Überschätzte Synergieeffekte

Deutsche Anbieter sind aussichtsreich positioniert. Ihr Erfolg auf dem Weg aus der Krise wird jedoch maßgeblich davon abhängen, inwieweit die Forschungspotenziale in innovative Produkte und Prozesse umgesetzt werden können. Erfolgspotenziale im Massen-

markt werden dabei häufig auf die Addition von produzierten Stückzahlen und damit verbundene Skaleneffekte verkürzt. Hier zeigen aber gerade die negativen Erfahrungen einiger deutscher Hersteller, dass die Synergien aus Unternehmenszukaufen häufig überschätzt und die Kosten für die effektive Integration häufig unterschätzt werden. Demgegenüber haben die Erfahrungen der letzten Jahre gezeigt, dass gezielte Prozessinnovationen über Plattformkonzepte und Produktionsflexibilisierung enorme Effizienzpotenziale bergen. Darüber hinaus haben zahlreiche Hersteller durch organisatorische Innovationen, die gezielt auf punktuelle Kooperation mit spezialisierten Zulieferern und führenden Wettbewerbern (selbst in der Motorenentwicklung) setzen, großen Erfolg gehabt.

Spagat zwischen kostengünstigen und umweltfreundlichen Modellen

Auf der Produktseite steht die Automobilbranche vor besonderen Herausforderungen, die als Chancen genutzt werden müssen. Fast alle Hersteller und Zulieferer haben in den vergangenen Jahren ihr Engagement für energieeffiziente Antriebe forciert. Die technischen Lösungen reichen von optimierten Benzin- und Dieselmotoren bis zu Hybrid- und Elektromotorantrieben. Obwohl sich fast alle Beobachter einig sind, dass energiesparende Pkw die Zukunft gehört, sind gerade jetzt, wo sie den Markt erreichen, die Rohöl- und Benzinpreise gesunken. Rekordpreise für Benzin fallen damit als Nachfragetreiber für energiesparende Autos zumindest für die nahe Zukunft aus. Die Automobilbranche muss nun die Balance finden, um einerseits den unmittelbaren Bedarf an kostengünstigen Pkw zu bedienen und andererseits zukunftssichere, umweltschonende Modelle in dem Moment breit anbieten zu können, wenn die Ölpreise wieder anziehen.

Darüber hinaus darf das Zukunftspotenzial der Automobilhersteller nicht auf ihre technologischen Fähigkeiten reduziert werden. Denn gerade der Wert

Abb. 1: Ausgaben für Forschung und Entwicklung als Anteil am Umsatz für die bedeutendsten FuE Investoren im Automobilsektor weltweit 2002/2007

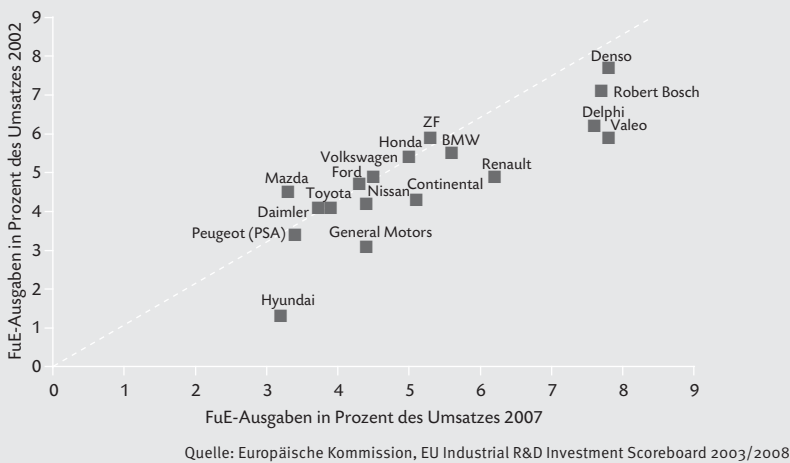
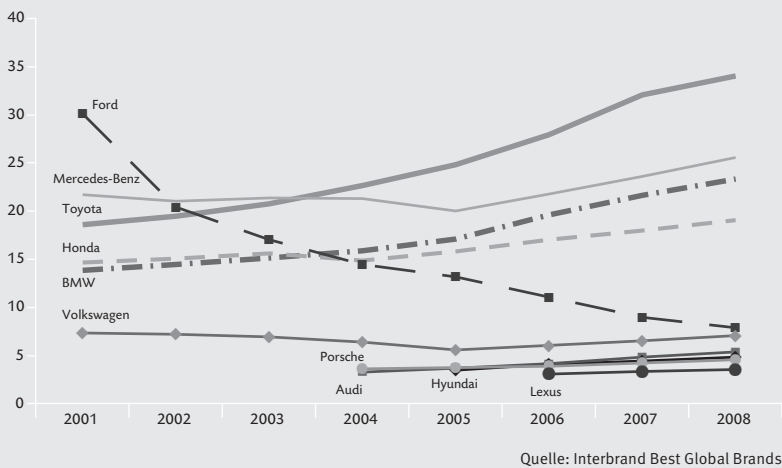


Abb. 2: Globaler Markenwert für Automobilmarken in Milliarden US-Dollar



einer Marke hat sich in den vergangenen Jahren als zentraler Treiber des Unternehmenserfolgs herausgestellt. Technologische Exzellenz kann dieses Markenimage unterstützen, wenn die Erfindungen den Kunden einen Nutzen stiften, für den sie zu zahlen bereit sind. Der Wert und das Image einer Marke kann nur durch konsistente Produkt- und Kommunikationspolitik über Jahre aufgebaut werden. Kunden kaufen dann

nicht nur ein Auto, sondern Attribute wie Sicherheit, Sportlichkeit oder Eleganz, die sie mit der Marke verbinden. Enttäuschte Kunden können aber auch schnell dazu führen, dass der Markenwert abgeschrieben werden muss. Die Veränderung des Markenwerts von Ford kann hier als eindrucksvolles Beispiel dienen (siehe Abbildung 2). Die deutschen Anbieter konnten in den letzten Jahren gerade auch in dieser Zukunfts-

kategorie ihre Position stärken. Bezeichnenderweise stammen ihre stärksten Konkurrenten hinsichtlich des Markenwerts wieder aus Asien und insbesondere Japan. Im Überblick zeigt sich, dass die deutsche Automobilindustrie als Ganzes entlang zentraler Dimensionen für den zukünftigen Erfolg gut aufgestellt ist, um gestärkt aus der Wirtschaftskrise hervorzugehen.

Dr. Wolfgang Sofka, sofka@zew.de

KONFERENZEN

Web 2.0-Workshop zu Auswirkungen auf Unternehmen und private Nutzer

Im Dezember 2008 fand ein interdisziplinärer Workshop zur Bedeutung von Web 2.0 für Unternehmen und private Nutzer am Zentrum für Europäische Wirtschaftsforschung (ZEW) statt. Ausgerichtet wurde der Workshop von der ZEW-Forschungsgruppe „Informations- und Kommunikationstechnologien“.

Die Teilnehmer an der Veranstaltung waren Ökonomen, Soziologen, Psychologen, Juristen, Wirtschaftsinformatiker und IT-Spezialisten. Die Beiträge befassten sich mit verschiedenen Web 2.0-basierten Anwendungen wie zum Beispiel sozialen Netzwerkdiensten, Wikis und Blogs. Es wurde etwa diskutiert, wie Web 2.0-Anwendungen in Unternehmen eingesetzt werden und ob sie den Erfolg der Unternehmen unterstützen. Einzelne Vorträge betrachteten spezifische Online-Plattformen, auf denen Kontakte geknüpft und Musik geteilt wird. Der Schutz der Privatsphäre und die Implikationen von Web 2.0-Technologien für die Eigentumsrechte waren Gegenstand weiterer Vorträge. Schließlich kam das Web 2.0 als Analysetool für Experimente zu Investitionsentscheidungen zum Einsatz.

Alessandro Acquisti, Ph.D. von der Carnegie Mellon University Pittsburgh

untersuchte das Spannungsfeld zwischen der Nutzung von Social Network Communities und dem Schutz der eigenen Privatsphäre. Anhand einer Umfrage unter Studenten, die das soziale Netzwerk „Facebook“ nutzen, stellte er fest, dass Privatsphäre zwar für alle Befragten einen hohen Stellenwert hat. Der Schutz der Privatsphäre spricht jedoch erst mit zunehmendem Alter und fortgeschrittenem Studium gegen die Teilnahme an einem sozialen Netzwerk.

Steigende Nachfrage nach Nischenprodukten

Gal Oestreicher-Singer, Ph.D. von der Universität Tel Aviv ging in ihrem Vortrag auf die Produktplatzierung auf Onlinemärkten ein. Mit Hilfe von Daten des Internethändlers Amazon zeigte sie beispielsweise, dass die Nachfrage nach Nischenprodukten steigt, wenn diese verstärkt durch Bewertungssysteme von anderen Konsumenten beurteilt werden. Dem so genannten „Long Tail“, also der Theorie, wonach ein Anbieter im Internet durch eine große Anzahl an Nischenprodukten Gewinne erzielen kann, kommt demnach durch Web 2.0 wachsende Bedeutung zu. Auch juristische Fragestellungen in Zusammen-

hang mit Web 2.0 wurden im Rahmen des Workshops erörtert.

Prof. Dr. Stefan Bechtold von der ETH Zürich legte besonderes Augenmerk auf Fragen zum geistigen Eigentumsrecht. Er stellte dar, dass das Immaterialgüterrecht, welches Fragen des Patentrechts, des Urheberrechts sowie des Marken- und Wettbewerbsrechts regelt, durch die neuen Medien immer komplexer wird. Gerade Fragen der Haftbarkeit würden zunehmend undurchsichtig, so Bechtold.

Brett Danaher von der Universität Pennsylvania untersuchte die Reaktionen von Konsumenten auf den Wegfall digitaler Angebote im Internet. Am Beispiel des amerikanischen TV Senders NBC konnte er zeigen, dass es bei einem Wegfall von digitalen Angeboten – etwa dem Vertrieb von TV-Serien via Apple iTunes – zu einem überproportionalen Anstieg von Piraterie kommt. Herkömmliche Vertriebswege wie beispielsweise Bücher oder DVDs werden davon hingegen nicht beeinflusst. Es zeigt sich jedoch, dass Kunden, die digitale Vertriebswege genutzt haben, nicht mehr zu den herkömmlichen Vertriebswegen zurückkehren.

*Yvonne Bräutigam, yvonne.braeutigam@zew.de
Jenny Meyer, meyer@zew.de*

KONFERENZEN

Analyse der Erwartungsbildung mit den Daten des ZEW-Finanzmarkttests

Am 4. März 2009 organisierte der Forschungsbereich „Internationale Finanzmärkte und Finanzmanagement“ des Zentrums für Europäische Wirtschaftsforschung einen Workshop, um neue wissenschaftliche Ergebnisse zu diskutieren, die auf den Daten des ZEW Finanzmarkttests für Deutschland beruhen. Gleichzeitig war dies die erste Konferenz, bei der die Nutzer des Finanzmarkttests mögliche Erweiterungen und Veränderungen der Umfrage erörterten.

In den vergangenen Jahren haben sich die ZEW-Konjunkturerwartungen zu einem weithin beachteten Indikator für die zukünftige Wirtschaftsdynamik in Deutschland entwickelt. Sie werden monatlich im Rahmen der Umfrage zum ZEW Finanzmarkttest unter rund 300 Finanzmarktexperten erhoben. Neben ihrer Prognose, ob sich die Konjunktur in Deutschland auf Sicht von sechs Monaten verbessern, verschlechtern oder nicht verändern wird, geben die Experten Einschätzungen zur wirtschaftlichen Entwicklung im Euroraum und den Vereinigten Staaten ab sowie zu gesamtwirtschaftlichen Größen wie etwa

Inflation und Zinsen oder zur Entwicklung von Aktienindizes und Wechselkursen. Seit 1991 werden die Ergebnisse des ZEW Finanzmarkttests dokumentiert. Sie bilden die Datengrundlage für zahlreiche Forschungsarbeiten.

Prognosegüte auf dem Prüfstand

Im Rahmen des Workshops stellte Ingmar Nolte (University of Warwick, UK) die Ergebnisse einer gemeinsamen Studie mit Winfried Pohlmeier (Universität Konstanz) vor. Das noch laufende Projekt untersucht, wie sich gute von schlechten Prognostikern unterscheiden und ob sich diese Erkenntnisse für die Verbesserung von Prognosen einsetzen lassen.

Christian Dick (ZEW) referierte über die Zusammenhänge zwischen Inflationserwartungen, Wirtschaftswachstum und realisierter Inflation. Lukas Menkhoff (Universität Hannover) legte die Resultate von Forschungsarbeiten auf Basis der ZEW-Wechselkurserwartungen zum Verhältnis von Euro und US-Dollar dar.

Oliver Gloede (Universität Hannover) präsentierte eine neue Studie mit Lukas Menkhoff zu „Overconfidence“ bezüglich der Erwartungen zum Wechselkursverhältnis von Euro und US-Dollar. „Overconfidence“ definieren die Autoren als übertrieben gute Selbsteinschätzung hinsichtlich der eigenen Prognosegüte. Es zeigt sich, dass schlechte Prognostiker in ihren Erwartungen eine geringere „Overconfidence“ aufweisen als gute. Außerdem führt eine längere Berufserfahrung zu einer besseren Selbsteinschätzung und damit einer Verminderung der „Overconfidence“.

Thomas Lux (Universität Kiel und Institut für Weltwirtschaft) stellte die Schätzungen eines aus der Physik stammenden Modells vor, mit dem er Herdenverhalten in den ZEW-Konjunkturerwartungen untersuchte.

Im zweiten Teil des Workshops wurde über mögliche Veränderungen und Ergänzungen der ZEW-Umfrage diskutiert. Auch im nächsten Jahr soll es einen Workshop für die Nutzer der Daten des ZEW Finanzmarkttests geben.

Dr. Michael Schröder, schroeder@zew.de

EXPERTENSEMINARE



- 04.05.2009 Finanzmarkt-Ökonometrie: Modellierung von Zinsen und Aktienkursen I – Vektor-Autoregressive Modelle
- 05.05.2009 Finanzmarkt-Ökonometrie: Modellierung von Zinsen und Aktienkursen II – Nicht-stationäre Zeitreihen und Kointegration
- 06.05.2009 Finanzmarkt-Ökonometrie: Modellierung von Zinsen und Aktienkursen III – Erstellung von Prognosemodellen
- 11.05.2009 Grundkurs Marktforschung – Vom Datensatz zur Interpretation
- 12.05.2009 Aufbaukurs Marktforschung – Komplexere Zusammenhänge erkennen
- 18.05.2009 Volkswirtschaftliche Daten in der Unternehmenssteuerung
- 19.05.2009 Moderne Unternehmensbewertung für Fortgeschrittene – Aufbaukurs

ZEW-Expertenseminare im Internet: www.zew.de/Weiterbildung
Information: Vera Pauli, Telefon 0621/1235-240, E-Mail pauli@zew.de

ZEW INTERN

Wolfgang Franz neuer Vorsitzender des Sachverständigenrates

Die Mitglieder des Sachverständigenrates zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung haben den Präsidenten des Zentrums für Europäische Wirtschaftsforschung, Prof. Dr. Dr. h.c. mult. Wolfgang Franz, auf die Dauer

von drei Jahren zu ihrem neuen Vorsitzenden gewählt. Franz ist mittlerweile in dritter Amtsperiode Mitglied des Sachverständigenrates. Er gehörte diesem Gremium bereits von 1994 bis 1999 an und wurde 2003 erneut berufen.

TERMINE

ZEW-Konferenz zu aktuelle Entwicklungen in der Makroökonomik

Vom 7. bis 8. Juli 2009 richtet das ZEW in Zusammenarbeit mit der Universität Mannheim eine Konferenz zu aktuellen Entwicklungen in der Makroökonomik aus. Diskutiert werden insbesondere aktuelle Fragestellungen aus den Bereichen Zeitreihenökometrie, Konjunktur, Wachstum, Arbeitsmärkte, Fiskalpolitik sowie Geldmarktpolitik.

Nähere Informationen: www.zew.de/macroconference2009

ZEW WIRTSCHAFTSANALYSEN

Henry Schäfer, Michael Schröder

Nachhaltige Kapitalanlagen für Stiftungen

In den letzten Jahren ist der Markt für nachhaltige Kapitalanlagen auch in Europa signifikant gewachsen. Besonders für Stiftungen können Kapitalanlagen, die nach ethischen, sozialen und ökologischen Kriterien ausgewählt werden interessant sein, weil dadurch der Stiftungszweck auch im Rahmen der Vermögensanlage berücksichtigt werden kann. Im April 2008 wurde zur Analyse dieses Themas eine Konferenz unter dem Titel „Nachhaltige Kapitalanlagen

für Stiftungen: Aktuelle Entwicklungen“ in Osnabrück bei der Deutschen Bundesstiftung Umwelt (DBU) durchgeführt. Ziel der Konferenz war es, einen umfassenden Überblick über die aktuellen Entwicklungen auf dem Markt für nachhaltige Kapitalanlagen zu geben und eine Bewertung, speziell aus der Perspektive von Stiftungen, durchzuführen. Der vorliegende Konferenzband enthält als zentrales Kapitel die Studie „Nachhaltige Vermögensanlagen für Stiftungen“, die

ZEW DISCUSSION PAPERS

Nr. 09-012, Anja Heinze: Earnings of Men and Women in Firms with a Female Dominated Workforce - What Drives the Impact of Sex Segregation on Wages?

Nr. 09-011, Tim Hoffmann, Sebastian Voigt: What Drives the Efficiency of Hard Coal Fuelled Electricity Generation? An Empirical Assessment.

Nr. 09-010, Horst Entorf, Anne Gross, Christian Steiner: Return and Volatility Reactions to Monthly Announcements of Business Cycle Forecasts – An Event Study Based on High-Frequency Data.

Nr. 09-009, Michael Schröder, Julia Gans: Bilanzielle Behandlung von hybriden Finanzinstrumenten: Eine Übersicht.

Nr. 09-008, Andreas Sachs, Frauke Schleer: Labour Market Institutions and Structural Reforms: A Source for Business Cycle Synchronisation?

das ZEW zusammen mit der Universität Stuttgart durchgeführt hat. Die weiteren Beiträge befassen sich unter anderem mit dem noch relativ jungen Markt der Microfinance-Anlageprodukte, die als Teilgebiet der nachhaltigen Kapitalanlagen in Zukunft für Stiftungen eine ansteigende Bedeutung erlangen könnten.

ZEW Wirtschaftsanalysen, Band 92, Nomos-Verlag, Baden-Baden, 2009, ISBN: 978-3-8329-4250-2

Friedrich Heinemann, Lars P. Feld, Benny Geys, Christoph Gröpl, Sebastian Hauptmeier, Alexander Kalb

Der kommunale Kassenkredit zwischen Liquiditätssicherung und Missbrauchsgefahr

Kassenkredite können im öffentlichen Haushaltswesen als kurzfristige Liquiditätshilfen eine hilfreiche Rolle spielen. Diese Grundüberzeugung erklärt, dass sich diese im öffentlichen Haushaltsrecht als Kassenverstärkungskredite bezeichneten Verschuldungsinstrumente in den Haushaltsordnungen von Bund und Ländern und auch im kommunalen Haushaltsrecht finden. Gleichwohl macht die Inanspruchnahme dieses Verschuldungsinstruments durch die deutschen Kommunen in den letzten

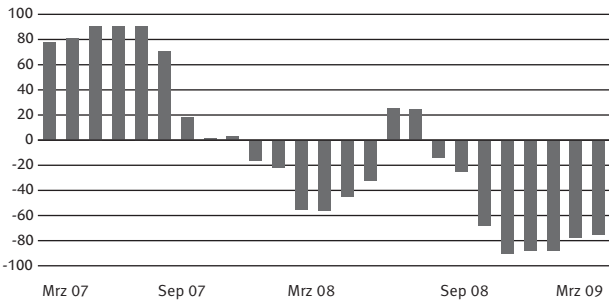
Jahren deutlich, dass hier möglicherweise eine Fehlentwicklung eingetreten ist und dass dieses Instrument zur Überbrückung kurzfristiger Liquiditätsgaps von vielen Kommunen vermehrt zur dauerhaften Schuldenfinanzierung zweckentfremdet wird. Vor diesem Hintergrund befasst sich die vorliegende Studie mit den institutionellen und ökonomischen Determinanten der kommunalen Verschuldung in Deutschland, wobei der besondere Fokus auf dem Instrument des Kassenverstärkungskre-

dits liegt. Diese detaillierte institutionelle und empirische Analyse wird darüber hinaus in eine vergleichende internationale Perspektive gesetzt. Schließlich wird auf die Frage eingegangen, inwieweit die Einführung des kaufmännischen Rechnungswesens im öffentlichen Haushaltswesen die Anreize zur Nutzung des kommunalen Kassenkredits beeinflusst.

ZEW Wirtschaftsanalysen, Band 93, Nomos-Verlag, Baden-Baden, 2009, ISBN: 978-3-8329-3919-9

DATEN UND FAKTEN

ZEW-Finanzmarkttest im März 2009

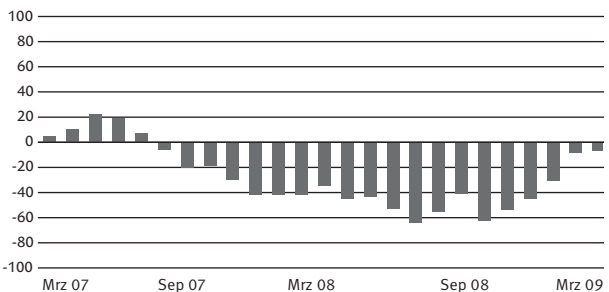


Saldo der positiven und negativen Einschätzungen bezüglich der kurzfristigen Zinsen im Euroraum in sechs Monaten. Quelle: ZEW

EZB: Zinsen auf historischem Tiefstand

Die EZB hat den Leitzins im März auf 1,5 Prozent gesenkt. Zur Begründung gibt die EZB die geringen Inflationsrisiken an. Sie schätzt die Inflationsrate im Februar auf nur 1,2 Prozent. Ferner gilt eine weitere Disinflationierung als wahrscheinlich und die Dynamik des Geldmengenwachstums lässt nach. Von der realwirtschaftlichen Seite sieht die EZB ebenfalls keine Inflationsrisiken – ihr konjunktureller Ausblick für 2009 fällt sehr schwach aus. Daher gehen die Finanzmarktexperten nahezu unverändert mit 80 Prozent von weiteren Zinssenkungen aus.

Sandra Schmidt, s.schmidt@zew.de



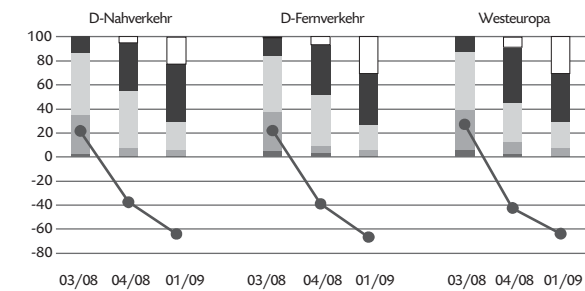
Saldo der positiven und negativen Einschätzungen bezüglich der Konjunktursituation im Euroraum in sechs Monaten. Quelle: ZEW

Euroraum: Seitwärtsbewegung

Die Konjunkturerwartungen haben sich im März geringfügig um 2,2 auf -6,5 Punkte verbessert. Damit hat sich die dynamische Aufwärtsbewegung der vergangenen vier Monate nicht fortgesetzt. Bei den Experten scheint sich der Eindruck zu festigen, dass die deutsche Wirtschaft eine Talsohle durchschreitet, dass jedoch keine weitere Abwärtsspirale zu erwarten ist. Die Zinssenkung der EZB dürfte dieses Szenario fördern. Ferner lässt der Preisdruck etwa bei Rohstoffen weiterhin nach. Dies entlastet die Konsumenten.

Sandra Schmidt, s.schmidt@zew.de

Straßengüterverkehr verliert an Fahrt

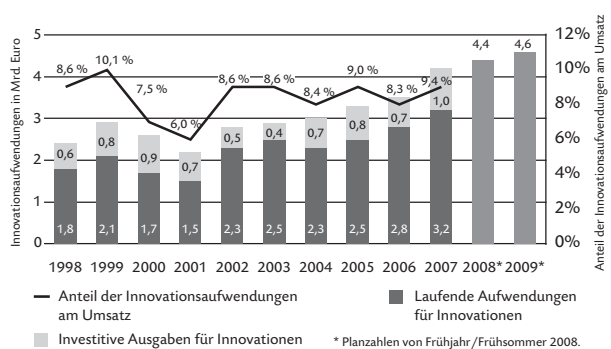


Quelle: ZEW

Die Erwartungen der Experten, die im Rahmen des TransportmarktBarometers von ProgTrans/ZEW befragt werden, zeugen von einem sorgenvollen Blick in die Zukunft. Der Lkw, der vor allem zur Beförderung von Handelsgütern eingesetzt wird, ist von der derzeitigen Krise stark betroffen. Nur etwa 30 Prozent der Experten rechnen für das kommende Halbjahr mit gleich bleibenden oder leicht steigenden Mengen. Die anderen gehen von einem Aufkommensrückgang im Vergleich zur aktuellen Situation aus. Erfreulich ist immerhin noch, dass etwa zwei Drittel dieser Experten mit nur geringen Einbußen von bis zu fünf Prozent rechnen.

Dr. Georg Bühler, buehler@zew.de

Instrumententechnik trotz der Krise



Quelle: ZEW, Mannheimer Innovationspanel

Die Instrumententechnik (Medizin-, Mess-, Steuer-, Regelungstechnik, Optik) war 2007 die Branche in Deutschland mit der höchsten Innovationsintensität. Mit 4,2 Milliarden Euro erreichten die Aufwendungen für neue Produkte und Prozesse einen Höchstwert. Für 2008 ist mit einem weiteren Anstieg um rund sechs Prozent zu rechnen. Mitte des Jahres 2008 war die Branche auch für 2009 noch optimistisch, die Innovationsbudgets sollten in 2009 auf knapp 4,6 Milliarden Euro steigen. Dies bestätigt, dass Innovationen die Grundlage der Wettbewerbsfähigkeit dieses Sektors sind, auf die auch in Krisenzeiten nicht verzichtet werden kann.

Dr. Christian Rammer, rammer@zew.de

STANDPUNKT



V-Wort, I-Wort

Das V-Wort ist in aller Munde, wobei nicht immer sorgfältig genug zwischen der Verstaatlichung einer Bank und der Beteiligung des Staates an einem privaten Unternehmen, etwa der Automobil- oder Maschinenbauindustrie, unterschieden wird. Zwischen beiden staatlichen Eingriffen liegen indes Welten.

Insoweit die betreffende Bank, die Hypo Real Estate (HRE) beispielsweise, ein systemisches Risiko darstellt, müssen wir ihr helfen, weil die Kosten eines Dominoeffektes weiterer Bankenzusammenbrüche unvergleichlich höher ausfallen würden. Inwieweit die HRE in der Tat als systemrelevant einzustufen ist, kann von außen nicht beurteilt werden, man muss sich in diesem Fall auf das Urteil der beteiligten Prüfungsinstanzen, die dies bejahen, verlassen. Allerdings vermag das zur Rechtfertigung einer Systemrelevanz vorgetragene Argument, die Reputation der Pfandbriefe stünde auf dem Spiel, nicht durchgängig zu überzeugen. Denn hinter den Pfandbriefen stehen – hoffentlich – stabile Immobilienwerte. Kurzum, der Staat muss die HRE wohl oder übel retten. Aber wie?

Eine Verstaatlichung bringt eine Reihe von rechtlichen und ordnungspolitischen Problemen mit sich, weshalb sie als Verstoß gegen marktwirtschaftliche Prinzipien kritisiert wird. Sie besitzt indes zwei wichtige Vorteile. Erstens brauchen die im Besitz der HRE befindlichen toxischen Wertpapiere nicht bewertet zu werden. Dies erscheint praktisch kaum möglich, wäre aber bei anderen staatlichen Rettungsaktionen erforderlich. Zweitens geht es um Haftungsfragen. Sollen die Steuerzahler oder erst einmal die Aktionäre und gegebenenfalls die Fremdkapitalgeber zur Kasse gebeten werden? Bei einer Entzweiung müssen die Aktionäre bluten und das entspricht marktwirtschaftlichen Prinzipien einer Eigentümerhaftung. Zwar werden die Aktionäre entschädigt, aber selbstverständlich nicht zum herrschenden Börsenkurs oder sogar darüber. Denn der Börsenkurs der HRE ist deshalb nicht wesentlich niedriger, weil der Staat bereits massiv eingesprungen ist. Dass die Aktionäre die Last gerne auf die Steuerzahler über-

wälzen möchten, ist nachvollziehbar, stellt jedoch womöglich die eigentliche Bedrohung einer marktwirtschaftlichen Ordnung dar.

Bei um Hilfe rufenden Unternehmen der Realwirtschaft sieht die Sache völlig anders aus. Opel ist kein systemrelevantes Unternehmen, denn Autos werden (mehr als) genug produziert. Das gilt analog für die zahlreichen Zulieferbetriebe. Wenn der Staat sich finanziell bei Opel engagiert, brechen vermutlich alle Dämme. Denn wie will der Staat die Begehren anderer Unternehmen abwehren, die dem Vernehmen nach bereits bei ihm vorstellig geworden sind? Wenn es ohne Staatseingriff wirklich nicht anders geht, muss Opel Insolvenz anmelden. Damit wären wir beim I-Wort angelangt.

Eine Insolvenz von Opel wird als Horrorszenario hochstilisiert, weil damit Tausende von Arbeitsplätzen bei Opel und seinen Zulieferbetrieben verloren gingen. Das ist schlicht falsch. Deutschland verfügt seit rund zehn Jahren über ein modernes Insolvenzrecht, welches darauf ausgerichtet ist, das Unternehmen nach Möglichkeit in der einen oder anderen Form über die Runden zu retten. Dies ist der Kerngedanke eines Insolvenzplanverfahrens. Der Insolvenzverwalter wird versuchen, Gläubiger zu einem teilweisen Forderungsverzicht zu bewegen und gleichzeitig private, gegebenenfalls ausländische Investoren zu gewinnen. Wenn sich die Opel-Händler diesbezüglich engagieren wollen, ist dagegen nichts einzuwenden. Dann wird der Automobilmarkt entscheiden, ob Autos Marke Opel wettbewerbsfähig sind und insoweit dies zutrifft, werden sich private Investoren finden und Arbeitsplätze gerettet. Dies benötigt vermutlich etwas Zeit, nicht zuletzt im Hinblick auf die Verflechtung mit General Motors, aber diese Zeit erkaufte man sich mit einem Insolvenzplanverfahren.

Die Politiker sind mithin gut beraten, trotz des aufziehenden Wahlkampfes keine finanziellen Engagements einzugehen. Ohnehin ist unklar, ob das Wahlvolk dies tatsächlich honorieren würde. Umfragen sprechen eher dagegen.

Wolfgang Franz

ZEW

Zentrum für Europäische
Wirtschaftsforschung GmbH

IMPRESSUM

ZEW news – erscheint zehnmal jährlich

Herausgeber: Zentrum für Europäische Wirtschaftsforschung GmbH (ZEW) Mannheim,
L 7, 1 · 68161 Mannheim · Postanschrift: Postfach 10 34 43 · 68034 Mannheim · Internet: www.zew.de, www.zew.eu
Präsident: Prof. Dr. Dr. h.c. mult. Wolfgang Franz · Kaufmännischer Direktor: Thomas Kohl

Redaktion: Katrin Böhmer, Telefon 0621/1235-103, Telefax 0621/1235-222, E-Mail boehmer@zew.de
Gunter Grittmann, Telefon 0621/1235-132, Telefax 0621/1235-222, E-Mail grittmann@zew.de

Nachdruck und sonstige Verbreitung (auch auszugsweise): mit Quellenangabe und Zusendung eines Belegexemplars
© Zentrum für Europäische Wirtschaftsforschung GmbH (ZEW), Mannheim, 2009